Oktober 2014

DIE LINKE.
Ortsverband Neuenhagen bei Berlin

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

Einwohnerbeteiligung - wie ? Seite 3 >>>

Der Kreistag steht still - fast Seite 4 >>>

Wie hat Neuenhagen gewählt ? Seite 5 >>>



Erste Frau im Amt

Ilka Goetz wurde auf Vorschlag der LINKEN am 19. Juni 2014 zur Vorsitzenden der Gemeindevertretung Neuenhagen gewählt. Sie ist die erste Frau, die dieses Amt bekleidet. Ilka Goetz (Jg. 1971), ist Geschäftsführerin einer Berliner Fortbildungseinrichtung zur Integration digitaler Medienwelten in Bildungsprozesse. Sie war Sprecherin der Elternkonferenz im Einstein-Gymnasium. **Seite 2.**

Links aktiv

Wir hätten diese Ausgabe auch „Ansichten-Auslegungen“ nennen können. Die Gemeinde befragt Sie zurzeit durch Auslegungen, was Sie vom Ausbau des REWE-Marktes halten, zum Grünordnungsplan der Trainierbahn und zu einer Einwohnerbeteiligungssatzung. Dazu ist eine erste Auslegung zur Erweiterung der Wohnbebauung des Gruschewegs gerade erst zu Ende gegangen und wird auf einer Sondersitzung des Ortsentwicklungsausschusses behandelt werden.

Wie Sie sich beteiligen können, ist nicht ganz einfach: Selbstständig liegt es an Ihnen zu recherchieren, was zur Diskussion ausliegt. Informationen dazu finden Sie im Amtsblatt der Gemeinde, welches dem Neuenhagener Echo beiliegt, dem Internet und den Aushängen im Ort. Dann müssen Sie Ihre Gedanken aufschreiben und der Verwaltung per Brief oder Email zukommen lassen, am besten gleich an die richtige Stelle. Wann und in welchem Ausschuss dann über Ihre Anregungen diskutiert wird, müssen Sie wieder im Internet oder in den Aushängen in Erfahrung bringen. Sollte Ihren Vorstellungen nicht entsprochen werden, bleibt Ihnen noch das persönliche Gespräch mit Gemeindevertretern und der Verwaltung.

Auch wenn wir vorhaben, dieses Verfahren möglichst bald zu vereinfachen, sollte die Möglichkeit des Einmischens schon jetzt nicht ungenutzt bleiben. Auch so kann man im Ort „links aktiv“ sein.



Nach den Wahlen ...



Die LINKE hat am 14. September in Brandenburg eine Wahlniederlage erfahren. Der Landesverband geht daran, diese Niederlage, kritisch und selbstkritisch, aber eben auch solidarisch, zu analysieren.

Die Partei erlebt eine Abnahme der Mobilisierungsfähigkeit seit 2005, also seit dem Abschwellen der Proteste gegen Hartz IV, die 2004 von der PDS aufgenommen wurden, was zum Verlust eines Viertels der damaligen Wählerinnen und Wähler geführt hat.

Natürlich sind auch Probleme in der Regierungsarbeit eine Ursache. Die Debatte, wie bspw. zur Braunkohle, waren in der Sache oft eine um die Glaubwürdigkeit der Partei. Hinzu kam, dass sich die LINKE als Juniorpartner, trotz oft harten Kampfes, nicht immer durchsetzen konnte. Da ist die Blockade des Nachtflugverbots durch den Bund und Berlin, das Gezerre um den Schallschutz, die langjährige Auseinandersetzung um Altanschließerbeiträge und die widersprüchliche Debatte um die Polizeireform. Dort wo Rot-Rot, nicht zuletzt durch den Einsatz der LINKEN, unzweifelhafte Erfolge erreichen konnte, waren diese nicht immer vor Ort konkret erfahrbar oder wurden als selbstverständlich empfunden. Das zeigt sich beispielsweise an Debatten um Unterrichtsausfall, trotz vieler Neueinstellungen, um Überlastung von Kitaerzieherinnen und Erzieher, trotz vieler neuer Kolleginnen und Kollegen, um Polizeiwachen usw.

Zu den wichtigen Gründen der Wahlniederlage gehört auch, dass zentrale Themen dieses Wahlkampfes von der politischen Rechten vorgegeben wurden. Offene und verdeckte Ressentiments gegen Flüchtlinge, das Bedienen von Ängsten in den Grenzregionen, Wohlstandschauvinismus, die Propagierung armutsverachtender Politikmuster haben Konjunktur. Die LINKE bedient diese Stimmungen nicht. Sie steht für das Gegenteil, und es ist unsere Pflicht, für ein tolerantes, weltoffenes und solidarisches Brandenburg einzutreten.

Grünordnungsplan für die Trainierbahn



Als ich den Saal betrat, bekam ich einen weißen Zettel mit einem roten Punkt. Andere hatten auch Zettel, aber nicht alle mit Punkt, dafür aber in rot oder grün. Etwas verwundert suchte ich mir einen Platz im Bürgerhaus. Die Gemeinde hatte eingeladen zu einem Informations- und Diskussionsabend zur Trainierbahn. Dabei hatte sie sich Verstärkung gesucht: Ein Moderationsteam geleitete durch den Abend, der vor allem im Zeichen des Dialogs stehen sollte. Viele verschiedene Nutzende der Trainierbahn waren gekommen und so war auch für ein breites Meinungsspektrum gesorgt. Das Podium beschränkte sich auf wenige einleitende Worte, bevor in die verschiedenen Interessenslagen eingeführt wurde.

Miteinander verbessern

Dann schon kamen die Zettel ins Spiel. Die Moderatoren organisierten so, dass sich ganz unterschiedliche Teilnehmende in kleinen Gruppen zusammenfanden, um ausgiebiger zu diskutieren. Das mag alles ein wenig nach Schule klingen und einige wirkten auch sichtlich irritiert, jedoch stellte sich die Methode als ungeheuer gewinnend heraus. Man merkte, dass sich die Nutzergruppen untereinander durchaus kennen, vor allem die Interessen des jeweils anderen. So hat es auch niemanden verwundert, dass es vielmehr um Vorschläge ging, das Miteinander noch runder zu machen. Zu hören, wie der andere für einen mitdenkt, sollte dennoch nicht unterschätzt werden, ist es doch eine ganz besondere Grundlage für ehrliche Kompromisse.

Doch es ging nicht nur ums Hören. Vielmehr sammelte die Verwaltung so Meinungen ein, wie es aus Sicht Neuenhagens weiter gehen kann. Hintergrund ist, dass man in einem Grünordnungsplan das Miteinander festhalten will. Nicht, weil es derzeit nicht funktioniert, sondern damit dieses schlichtweg auch im Falle eines Verkaufs des Geländes noch möglich ist.

Grünordnungsplan liegt aus

Ein Entwurf eines Grünordnungsplanes, welcher die Ergebnisse der Veranstaltung gut wiederspiegelt, ist mittlerweile erarbeitet und einstimmig von der Gemeindevertretung zur Auslegung gegeben worden. Darin ist festgehalten, dass man den Reitsport und die Freizeitgestaltung räumlich trennen will. Ebenso soll durch Kreuzungspunkte und Informationstafeln der Zugang sicherer gemacht werden. In den Ausschüssen merkte man noch an, dass wir durch das Erlauben von Ställen und Ähnlichem keine unnötige Hintertür für eine generelle Bebauung schaffen sollten.

Der Plan liegt vom 6. Oktober bis zum 7. November im Foyer des Rathauses aus und ist im Internet zu finden. Hinweise nimmt der Fachbereich der Verwaltung Bauverwaltung per Brief oder Email entgegen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich einbringen.

Von jetzt auf gleich



Mit den Kommunalwahlen im Mai 2014 hat sich die Zusammensetzung der Fraktion DIE LINKE verändert: Neben den „alten Häsinnen und Hasen“ sind neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter an Bord. So wollen wir gemeinsam und mit der nötigen inhaltlichen Breite um eine bestmögliche Entwicklung Neuenhagens streiten.

Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung Mitte Juni war es auch gar nicht so klar, dass – wie in der Vergangenheit als Tradition gewachsen – die stärkste Fraktion den Vorsitz der Gemeindevertretung übernimmt. Schließlich gab es von der CDU-Fraktion ebenso einen Vorschlag. Das machte den sonst eher protokollarischen Akt durchaus spannend und umso größer war unsere Freude, dass mir das Vertrauen ausgesprochen wurde, und zwar schon im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit. Von jetzt auf gleich ging die Sitzungsleitung an mich über, in der folgenden Woche gab es bereits erste Gespräche mit dem Bürgermeister und die Verabredung eines regelmäßigen Austauschs sowie in der Folge an vielen Stellen viele Fragen und Antworten.

Miteinander stärken

Nach der Sommerpause war der neuen Fraktion nicht viel Ruhe gegönnt. Obwohl die Arbeits- und Abstimmungsprozesse in der neu zusammengesetzten Fraktion eigentlich erst ins Laufen kommen mussten, stand sofort die Vorbereitung der Ausschusssitzungen im Vordergrund, dazu das wichtige Thema Einwohnerbeteiligungssatzung, mit dem sich alle gern mit mehr Zeit beschäftigt hätten. Diese Einschätzung war ebenso aus anderen Fraktionen zu hören – angesichts des hohen Anteils neuer Mitglieder in der GVT (58 %) sicher nicht überraschend. Ich möchte mich deshalb auch darum bemühen, dass wir ein gutes Miteinander fortsetzen und eine gute Mischung aus Erfahrung und neuen Ideen entsteht.

Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung findet am 4. Dezember statt. Auch ich möchte natürlich alle Einwohnerinnen und Einwohner ganz herzlich einladen, die Sitzung als Zuschauer zu verfolgen oder/und sich an der Einwohnerfragestunde einzubringen. Zuvor gibt es am 17. November 2014 (Montag) die jährliche Einwohnerversammlung – eine hervorragende Gelegenheit, sich über den Fortgang der Gemeinde zu informieren, nachzufragen sowie Ideen und Anregungen einzubringen.

Die nächsten Termine

Montag, 10. Nov.; 18.30 Uhr
Umwelt-, Bau- und Ortsentwicklungsausschuss
Dienstag, 11. Nov.; 18.30 Uhr
Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss
Mittwoch, 12. Nov.; 18.30 Uhr
Kutlur- und Sozialausschuss
Donnerstag, 13. Nov.; 18.30 Uhr
Finanzausschuss

Montag, 17. Nov.; 18.30 Uhr
Einwohnerversammlung

Montag, 27. Nov.; 18.00 Uhr
Hauptausschuss

Donnerstag, 4. Dez.; 18.00 Uhr
Gemeindevertretung

LINKE kritisiert Verfahren der Einwohnerbeteiligungssatzung



Auf der vergangenen Sitzung der Gemeindevertretung lag eine Einwohnerbeteiligungssatzung zur Auslegung vor. DIE LINKE lehnte zunächst ab. Aber warum?

Auslegungen sind ja so eine Sache. Es gibt also Beschlüsse, die fasst die Gemeindevertretung nicht sofort, sondern legt sie zusätzlich dem Bürger aus, um zu erfahren, was er davon hält. Im Anschluss an ein aufwendiges Verfahren erarbeitet die Verwaltung dann eine „Beschlussvorlage zur Abwägung". Spielt dabei zumeist die sachliche Begründung nach Gesetzeslage eine Rolle, bleibt es dennoch auch eine Abwägung der Interessen.

Ein, wie ich zumindest mal festhalten möchte, recht bürgerunfreundliches Verfahren. Dass sich stets nur sehr wenige beteiligen, sollte niemand ernsthaft den Bürgern selbst vorwerfen.

Beschluss statt Diskurs

Doch wozu das Ganze? Nun, in Neuenhagen sind wir uns einig, dass es Themen gibt, die haben so einschneidenden Charakter, dass es hier nicht ohne eine Rückkoppelung gehen soll. In anderen Fällen verlangt das schlichtweg die Kommunalverfassung. Und wenn es um die Beteiligung von Einwohnern geht, was liegt da näher, als sie selbst mal zu fragen, wie sie die Sache sehen? Genau das war nun der Plan.

Am 4. August verschickten die GRÜNEN eine Email, in deren Anhang ein Vorschlag für eine Einwohnerbeteiligungssatzung zur Auslegung zu finden war, mit Bitte um Meinungen. Da noch Sommerferien waren, vergingen einige Wochen, bevor wir uns als Fraktion dazu verständigen konnten. Das muss wohl auch anderen so gegangen sein, da sich nichts rührte. Als wir dann die Unterlagen für die Ausschüsse bekamen, fand sich jedoch auch der Vorschlag der GRÜNEN wieder – als Antrag vom 5. August, zu behandeln und zu beschließen im September.

Was will DIE LINKE?

- Einwohnebefragungen durch eine Möglichkeit der Stimmabgabe auf dem Amt, per Brief oder Internet über vier Wochen
- Bürgerhaushalt durch Ideensammlungen und Diskussionen zu allen Punkten des Haushalts
- Möglichst klare und konkrete Formulierungen der Satzung
- Konsens in der GVT

Diskussion blieb aus

Nun ist hier nichts Schlimmes passiert. Immerhin gab es die Möglichkeit, sich in Ausschüssen zu verständigen und sicherlich könnten auch Absprachen außerhalb von Sitzungen letzte Unstimmigkeiten ausräumen. Wir erarbeiteten uns eine konkrete Meinung zum Papier der GRÜNEN und schrieben Änderungsanträge. Da es ja bereits als Beschlussvorlage eingereicht war, ging leider nur noch dieser formelle Weg. Doch alles kam anders.

In den Ausschüssen hieß es überraschend: Man wolle erst einmal auslegen und dann beraten. Weitere Fraktionen kündigten Änderungswünsche an, doch verzichteten, andere davon in Kenntnis zu setzen. Unser Papier bekam den Stempel „jetzt nicht" – wir zogen es zurück. Ohne Veränderungen ging es nunmehr durch die Ausschüsse. Dann beschloss der Hauptausschuss, dass man eine Arbeitsgruppe bilden will. Schlussendlich folgte der Beschluss, die jetzige Fassung auszulegen.

Die falsche Befragung

Ich fasse zusammen: Die Gemeinde beschließt, den Bürger zu etwas zu befragen und bildet selber erst einmal eine Arbeitsgruppe. Ein Antrag der SPD, nach dem Beschluss im Dezember noch einmal auszulegen, wurde von ihr selber ohne Begründung wieder zurückgezogen.

„Zu dem, was am Ende gilt, soll der Bürger gar nicht mehr gefragt werden."

Das bedeutet im Klartext:
Zu dem, was am Ende gilt, soll der Bürger gar nicht mehr gefragt werden. Genau deshalb haben wir abgelehnt.

Dieser Verfahrenskrimi hat einen ganz einfachen Hintergrund: Zeitdruck. Man möchte unbedingt im Dezember beschließen, denn Teil der Einwohnerbeteiligungssatzung ist der Bürgerhaushalt – und dieser solle zum 1.1.2015 in Kraft treten. Warum das nicht auch noch etwa im März ginge, konnte uns niemand erklären. Aber jetzt wird auch deutlich: Damit es im Januar gilt, muss im Dezember beschlossen werden, muss vorher die Auslegung passiert sein, muss diese im September vereinbart werden. Und da sich im Sommer schlecht diskutieren ließ, passiert das jetzt irgendwie dazwischen.

Miteinander gefährdet

Kommunalpolitik ist kein Ort für Brachialpolitik oder für Schaufensterbeschlüsse. Hier steckt das Brauchbare im Detail. Für Neuenhagen galt auch immer, dass der Schlüssel im Kompromiss liegt. Kaum eine Abstimmung, die nicht mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde. Doch das scheint jetzt vorbei. Am Ende stand es dann 14:12. Die GRÜNEN betonten im Anschluss, wie glücklich sie nun mit dem Ergebnis sind.

Ich sage Ihnen: Ich bin nicht glücklich. DIE LINKE ist nicht glücklich. Das liegt nicht daran, weil wir zu den zwölf Verlierern gehörten. Sondern weil wir jetzt zu der Sorte Politik verkommen, die niemand braucht. Noch nie habe ich so viel rund um Sitzungen gewirbelt, noch nie wurde so wenig auf den tatsächlichen Sitzungen geklärt. Das muss aufhören. Wir werden uns jetzt in die Arbeitsgruppe einbringen und versuchen, in Ihrem Sinne zu handeln. Vorausgesetzt, Sie beteiligen sich an der Auslegung. Darum bitte ich Sie jetzt.
Trotz alledem.

Was können Sie tun?

Vom 1. bis zum 15. Oktober können Sie nun im Zuge der Auslegung der Einwohnerbeteiligungssatzung Ihre Meinung gegenüber dem Rathaus mitteilen. Die Unterlagen finden Sie bspw. im Neuenhagener Echo vom Oktober oder im Internet. Gerne können Sie auch mit uns in den Kontakt treten: neuenhagen@dielinke-mol.de

Der Kreistag steht still – fast



Die Kommunalwahlen sind noch gar nicht lange her, da ist die Welt im Kreistag schon vom Fuße auf den Kopf gestellt.

Alles begann damit, dass die SPD nach über zehn Jahren die gemeinsame Kooperation mit den LINKEN und dem Bauernverband aufkündigte. Nun soll sowas schon mal vorgekommen sein, aber sicher nicht auf diese Weise.

Vom Bruch erfahren haben wir letztlich auf der konstituierenden Sitzung. Zwar ist DIE LINKE nach wie vor stärkste Fraktion im Kreis, doch SPD und CDU haben die Tradition gebrochen, dass die stärkste Fraktion auch den Vorsitzenden des Kreistages stellt. Der Kelch ging viel mehr an die SPD, namentlich Frau Dr. Bock, mit den Stimmen der CDU. Diese bekam als Dank erstmals den Posten des Vize-Vorsitzenden, namentlich Klaus Ahrens, mit den Stimmen der SPD. Vor der Sitzung ersparte es sich die SPD, mit uns über ihre Pläne zu reden. Eine Grundlage für ein vertrauensvolles Verhältnis für eine weitere Zusammenarbeit war für uns eher schwer erkennbar. Auch wären lange Sitzungen aufgrund von Unsicherheiten in Verfahrensfragen der neuen Vorsitzenden sicherlich erträglicher, wenn mit ihr nicht auch ihr harscher Kasernenton ins Podium gerückt wäre.

Aber auch nach der Sitzung blieben viele Fragezeichen. Einen glatten Wechsel hin zur CDU legten die Sozialdemokraten nämlich auch nicht hin. Es gibt bis heute keinen Kooperationsvertrag zwischen den beiden. Aber die CDU ist dieser Tage wohl recht einfach zu überzeugen. Auf Nachfrage der Lokalpresse konnten Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion keine inhaltlichen Probleme bei der LINKEN angeben. Die Mühe, sich wenigstens für die PR-Abteilung was auszudenken, wollte man sich wohl auch nicht machen. So wird es dann immer schwerer, zu akzeptieren, was nicht einmal die SPD zu erklären vermag.

Landrat Schmidt hingegen sitzt sicher im Sattel, auf dem Zenit seiner politischen Laufbahn. Auf Landeseben einer der fünf Verhandlungsführer seiner Partei in den Koalitionsgesprächen mit den LINKEN, zudem ein dickes Wahlergebnis im vergangenen Herbst bei der ersten Direktwahl, seine Wahl somit vom Kreistag nicht mehr abhängig. Sicher nur ein Schelm vermag in dieser Situation erkennen, dass wechselnde Mehrheiten beim Verteilen von Gefälligkeiten einen Kreistag gerne inhaltlich ermüden.

Bis heute haben von den Fachausschüssen weniger als die Hälfte ihre konstituierende Sitzung erlebt. Wo keine Ausschüsse tagen, können leider auch wichtige Entscheidungen nicht wohlüberlegt gefällt werden. Das Ergebnis: Ad-hoc-Beschlüsse oder Stillstand. Der Kreisseniorenbeirat, seit zwanzig Jahren wertvoller Partner des Kreises, muss sich in dieser Wahlperiode bisher noch ungehört gedulden.

Für Neuenhagen bedeutet das derzeit: Einstein-Gymnasium? Buslinien? Keine Zeit, wir müssen Posten verteilen. So werden Aufsichtsratsvorsitze nicht nach Kompetenz oder Erfahrung vergeben, sondern nach Vorschlag des Landrates. Ein Beispiel von mehreren: Der Aufsichtsratsvorsitz der für die Daseinsvorsorge wichtigen Krankenhaus Märkisch-Oderland GmbH wurde nicht an eine langjährig erfahrene Kandidatin vergeben, sondern an einen neuen Abgeordneten, welcher sicher nur zufällig das Parteibuch mit dem Landrat teilte.

Wir haben verstanden, dass die SPD keine Kompromisse mehr mit uns sucht. Wir müssen nicht verstehen, warum. Vielmehr werden wir inhaltlich arbeiten und dem Landrat lieber einmal zu oft auf die Finger sehen. Für Schmollen hat uns niemand gewählt.

REWE-Markt will gerne größer werden



Über Supermärkte schimpft man schon mal. Dinge des Alltags sind generell gerne mal Aufreger, hier fällt das Detail stärker auf.

Belieferung mit Problemen

Vielleicht kennen Sie das: Man geht früh vor der Arbeit einkaufen, bekommt jedoch nicht das, was man gesucht hat. Die Mitarbeiter sind noch beim Einräumen, auf weitere Waren warten auch diese noch. Die Belieferung des Supermarkts macht Probleme.

Vielleicht kennen Sie das: Nach einer harten Woche auf Arbeit wollen Sie am Samstag mal wieder etwas ausschlafen. Doch in aller Früh brummt ein Motor eines LKWs, er piepst beim Rückwärtsfahren, dann folgt das laute Rollen von Containern, das Rufen der Mitarbeiter. Wenn das ganze vorbei ist, sind Sie längst wach. Die Belieferung des Supermarkts macht Probleme.

Neuer Mietvertrag für REWE

Den REWE-Markt in Neuenhagen erlebt jeder anders. Für manche ist es ihr Lieblingsladen, für andere ein Anker für Kaufkraft in der Ortsmitte und für einige aber eben auch ein ziemlich lauter Nachbar. Jetzt hat er seine ersten 15 Jahre fast hinter sich und genauso viele Jahre soll es weitergehen. Doch ist der REWE nur Mieter, ein neuer Vertrag muss nun ausgehandelt werden. Allerdings unter einer Bedingung: Mehr Platz soll her.

Die Zeit ging auch an den Konzepten von Supermärkten nicht vorbei. Größere Gänge, andere Regale, anderes Licht – das Auge kauft mit. Nicht zuletzt Schlecker musste erfahren, was sonst droht. Doch dafür soll in Neuenhagen angebaut werden. Letztlich hätte das dann auch Auswirkungen auf den Belieferungsprozess.

Auslegung erforderlich

Motor aus, Geräusche minimieren, Schallschutzmauern errichten – das waren die Forderungen einer ersten Auslegung. Dazu gab es Hinweise zu den Anlieferungszeiten und dem Regenabfluss. Dazu soll erneut ausgelegt werden, vom 6. Oktober bis 7. November. Bitte mischen auch Sie sich ein. Wir wollen, dass der Umbau für alle gelingt, auch über das rechtlich Notwendige hinaus.

Dank an unsere Wählerinnen und Wähler

DIE LINKE hat in Neuenhagen sowohl zu den Kommunal- und Europawahlen, als auch zu den Landtagswahlen Stimmen verloren. Dennoch bleibt Neuenhagen im Landesmaßstab eine der Hochburgen der LINKEN. Zu den Kommunalwahlen 2014 haben wir mit 24,8% (- 1604 Stimmen) unseren Platz als stärkste Partei verteidigt. Insgesamt wurden 19.633 Stimmen abgegeben, 2008 waren es 20.589. Da bei den Kommunalwahlen jeder drei Stimmen hatte, haben damit jeweils rd. 7000 Wählerinnen und Wähler an den Kommunalwahlen, d.h. weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teilgenommen.

Name des Wahlvorschlagträgers und Kurzbezeichnung	Gesamtzahl der gültigen Stimmen	Zahl der Sitze
DIE LINKE (DIE LINKE)	4876	7
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	3003	4
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	4329	6
Freie Demokratische Partei (FDP)	817	1
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B 90)	2130	3
Neuenhagener Wählergemeinschaft Feuerwehr (NWF)	1265	2
Einzelwahlvorschlag May (EB May)	792	1
Wählergruppe DIE PARTEILOSEN	2241	4

Für DIE LINKE wurden gewählt: Sven Kindervater, Ute Schönthal, Arno Gassmann, Ilka Goetz, Beate Fuchs, Ute Unterberg und Sascha Trutt. Der Versuch der CDU, der LINKEN den Vorsitz der Gemeindevertretung streitig zu machen, scheiterte. Auf ihrer konstituierenden Sitzung wählten 17 Gemeindevertreter die Kandidatin der Linksfraktion, die parteilose Ilka Goetz. Der Kandidat der CDU, Dr. Klaus Obendorf erhielt 12 Stimmen. Ebenso wurde der im Amt bestätigte LINKEN-Fraktionschef Sven Kindervater einstimmig zum Vorsitzenden des Umwelt-, Bau- und Ortsentwicklungsausschusses gewählt.

Zu den Europawahlen haben wir in Neuenhagen 1636 Stimmen und damit 23,6 Prozent erreicht. Stärkste Partei wurde die SPD mit 1636 Stimmen bzw. 25 %. Die CDU kam mit 20,3 % auf den dritten Platz. Bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung haben uns zu den Landtagswahlen 1733 Bürger gewählt (23,9%), unser Direktkandidat Bernd Sachse erhielt 1687 Stimmen. Stärkste Partei wurde auch hier die SPD mit ca. 2000 Stimmen (27,8 %), deren Kandidat Jörg Vogelsänger (SPD) auch den Wahlkreis

24,8%
Stärkste Fraktion.
Weiblichste Fraktion.
DIE LINKE Neuenhagen sagt:
DANKE.


Christian Görke

Görke will niedrigere Dispozinsen

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke und der Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Brandenburg (VZB), Dr. Christian Rumpke sind sich einig darüber, dass die Disposzinsen zu hoch sind. „Eine gesetzliche Regelung zur Begrenzung von Dispositions- und Überziehungszinsen ist überfällig, sagte Görke bei einem Besuch der Filiale der VZB in Rathenow.

„Selbst nach der jüngsten Senkung des Leitzinses der EZB auf 0,05 Prozent verlangen viele Geldinstitute nach wie vor horrende Zinsen für Dispo- und Überziehungskredite. Damit muss endlich Schluss sein“, so Minister Görke.

Bereits im Mai dieses Jahres hatten sich die Verbraucherschutzminister der Länder darauf verständigt, dass der Bund eine gesetzliche Regelung zur Deckelung der Dispo- und Überziehungszinsen vorlegen soll, falls die Banken nicht innerhalb der nächsten sechs Monate eine flächendeckende Korrektur der Zinssätze für Dispokredite und geduldete Überziehungen vornehmen.

Wissen Sie noch, ... Die Kolumne von **Dr. Erich Siek**

Heute: „Nachdenken über Wahlen“

dass nicht nur das Jahr 2014 mit den Wahlen zur Gemeindevertretung, zum Kreistag, zum Landtag und zum Europa-Parlament als Superwahljahr bezeichnet werden kann, sondern dass es in Deutschland schon während der Weimarer Republik ähnliche Wahljahre gab? Das Jahr 1924 war ein solches Superwahljahr. Es fanden damals zweimal Reichstagswahlen, zweimal Landtagswahlen und eine Kreistagswahl statt, insgesamt also fünf Wahlen.

Unser Ortschronist Paul Tramp hat die Wahlergebnisse dieser Zeit in seiner Neuenhagener Ortsgeschichte aufgelistet. So erhielt die SPD in Neuenhagen 1924 bei der Reichstagswahl 944 Stimmen, die KPD 166 und die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 10 Stimmen, insgesamt waren das 43% der gültigen Stimmen im Ort. Die Nazipartei NSDAP gab es damals in Neuenhagen noch gar nicht. 1928 errangen die linken Parteien bereits 54% Stimmenanteil (40% SPD, 14% KPD). Noch 1932, ein halbes Jahr vor der „Machtergreifung“ durch die Nazis, entschieden sich noch immer 51% der Wähler für links. Aber die NSDAP hatte nun in Neuenhagen bereits 2282 Stimmen und war somit die stärkste Partei im Ort, so wie sie es auch im gleichen Jahr im Reichstag geworden war.

Es ist eigentlich unnütz zu fragen, was wäre wenn... ? Die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen in Deutschland waren natürlich 1932 gänzlich andere als heute. Und dennoch zeigen die Wahlergebnisse von 1924, 1928 und 1932, dass es damals möglich gewesen wäre, durch Kooperation der beiden Parteien SPD und KPD eine linke Mehrheit in Neuenhagen zu erreichen. Auch im damaligen Reichstag hätte es eine solche Möglichkeit gegeben. Das wäre gewiss nicht ohne politische Auswirkungen geblieben und hätte dem Kampf gegen die drohende faschistische Gefahr neue Impulse geben können.

Der sichtbar schnelle Aufstieg der NSDAP bei der Wahl 1932 nicht nur in Neuenhagen sondern in ganz Deutschland macht es nötig, darüber nachzudenken, wie es dieser Partei gelingen konnte, so große Bevölkerungsteile für sich zu gewinnen. Wie hat sich die politische und soziale Situation bis heute zum Jahre 2014 verändert? Natürlich ist 2014 keine faschistische „Machtergreifung“ zu befürchten und zum Glück gibt es in unserer so ruhigen Gartenstadt Neuenhagen keine (noch keine?) rechtsradikalen, terroristischen Aktivitäten. Aber der Blick über die Ortsgrenzen hinaus macht heute doch einiges sichtbar. Ist eine Gesellschaft, die noch immer durch Krisen und hemmungsloses kapitalistisches Wachstum gekennzeichnet ist, nicht auch anfällig für eine ideologische Manipulation durch antidemokratische Kräfte? Und ist beispielsweise die verbreitete unterschwellige Fremdenfeindlichkeit nicht vielleicht ein Anfang? Ist also im Superwahljahr 2014 – um im Bild von Bertolt Brecht zu bleiben - „der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch?“

Einwohnerversammlung Neuenhagen bei Berlin
Sie sind herzlich eingeladen
17.11. | 19Uhr
Bürgerhaus Neuenhagen • Hauptstr. 2

Stolpersteine - wie geht es weiter?

- Finanzielle Grundsteinlegung -



Die Arbeitsgruppe „Stolpersteine“ beriet auf ihrer zweiten Zusammenkunft am 17.9.14 im Neuenhagener Rathaus über das weitere Vorgehen zur Installation der Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete Juden aus Neuenhagen.

Es gab wenig neue Erkenntnisse. Der Plan, im Seniorenheim der Mathilde- Zimmer-Stiftung noch Zeitzeugen zu finden, ging nicht auf. Immerhin blieb der Aufruf der Gemeindeverwaltung nicht ohne Echo. Frau Katrin Fischer aus Neuenhagen fand bei Internetrecherchen Angehörige von Erna und Herbert Smilowski und übergab die schriftlichen Unterlagen dazu der Arbeitsgruppe.

Aus der Nachbargemeinde Hoppegarten nahmen Frau und Herr Stolze an der Beratung teil. Sie hatten in ihrem Ort vergeblich geforscht. Da ihnen das Anliegen der Aktion Stolpersteine sehr wichtig ist, sammelten sie auf Kulturveranstaltungen Spenden für die Finanzierung der Messing-Plaketten. Sie übergaben symbolisch 360 € an die Neuenhagener Arbeitsgruppe. Der Betrag bildet die Grundlage für ein noch einzurichtendes Spendenkonto.

Als nächstes soll Kontakt zum Einsteingymnasium aufgenommen werden, um Jugendliche zur Mitarbeit in der Gruppe zu gewinnen. Gefragt sind deren Kenntnisse im Umgang mit Suchmaschinen aber auch ihre Vorschläge, wie das Anliegen der Aktion, etwas gegen das Vergessen zu tun, umgesetzt werden kann.

Werner Niebsch

Das Bürgerbüro der LINKEN
in der Ernst-Thälmann-Str. 33
ist geöffnet:
dienstags von 13 - 18 und
sonnabends nach Vereinbarung



Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN
Herausgeber: Ortsorganisation Neuenhagen der Partei DIE LINKE, Marian Krüger
c/o Bürgerbüro
Ernst-Thälmann-Str. 33
15366 Neuenhagen

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.